Presseausschnittdienst der SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis

Stump will geistige Stadtmauern einreißen

USA, 11.12.09

KREISHAUSHALT Aktienverkauf statt neuer Kommunalkredite

VON NORBERT KURTH

Rhein-Erft-Kreis. Zu einer „besseren und anderen" Zusammenarbeit hat Landrat Werner Stump die Kommunen am Donnerstagabend im Kreistag aufgerufen. „Es ist absolut unbefriedigend, wenn Briefe hin- und hergeschrieben werden und man sich gerne auf die kommunale Zuständigkeit zurückzieht", sagte Stump. Er spielte damit offenbar auf die in der Vergangenheit häufigen Einwände der Bürgermeisterkonferenz zu Plänen des Kreises an. Wer glaube, Kommunales nur fortschreiben zu können, „verliert den Anschluss und versäumt vieles", so der Landrat bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs für das kommende Jahr.

Stump bot den Bürgermeistern an, zukünftig „investive und strukturelle Maßnahmen mit ihnen zu erörtern". Im Gegenzug erwarte er aber, dass die „geistigen Stadtmauern fallen". Er bleibe zum Beispiel bei der Feststellung, „dass wir uns elf Bauhöfe nicht leisten können". Ebenso kritisierte er, dass im Kreis elf Verwaltungen personell bewirtschaftet werden. Und es müsse auch die Frage erlaubt sein, ob „jede Kommune die Abfallwirtschaft allein regeln" muss. Stump: „Das Recht, die Systeme und die Entsorgungsweise sind gleich."

Der Landrat forderte auch für die Wirtschaftsförderung sowie für Veranstaltungen im Kultur- und Sportbereich mehr Anstrengungen: „Zusammen mit dem Kreis sollten uns intelligente Lösungen einfallen. Wichtig ist dabei, dass der Kult des politischen Kompetenzgehabes abgestellt wird." Er sei sich bewusst, dass seine Überlegungen nicht ohne Reaktionen bleiben würden. Aber dies sei von ihm gewollt, gab Stump sich kämpferisch: „Leisetreten, Bewahren und die Verzögerung von Prozessen können nicht zielführend sein".

Die Wirtschaftskrise habe nun zeitverzögert zu enormen Einbrüchen geführt – bei den für den Kreis wichtigen Erträgen aus der Kreisumlage – dem Beitrag der Kommunen – und den Schlüsselzuweisungen – dem Beitrag, den das Land aus dem gesamten Steueraufkommen für die Kreise berechnet.

Mehr Aufgaben

Im Gegenzug wüchsen die Ausgaben, auf die der Kreis keinen Einfluss habe. Seit Jahren steige der Bedarf für die Hilfe zur Pflege, das Pflegewohngeld, für die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Eingliederungshilfe für Behinderte und die Kosten der Unterkunft. Der Summe dieser Leistungen und die Umlage, die der Kreis an den Landschaftsverband Rheinland zahlen muss, zehren den Beitrag der Kommunen in Höhe von 215 Millionen Euro beinahe vollständig auf. Stump verteidigte aber die Beibehaltung des Hebesatzes von 42,37 Prozent für die Kreisumlage und wies darauf hin, dass die verminderte Leistungskraft der Kommunen die tatsächlichen Zahlungen der Kommunen an den Kreis sinken lasse. Insgesamt müssen Elsdorf und die neun Städte gegenüber 2009 sieben Millionen Euro weniger zahlen. Würde der Kreis eine kostendeckende Umlage erheben, müssten die Kämmerer von Wesseling bis Bedburg stattdessen mehr zahlen – und zwar insgesamt über elf Millionen Euro.

Stump verteidigte trotz des Defizits den schuldenfreien Kreis. Der völlige Verzicht auf Kommunalkredite werde nur durch eine „äußerst restriktive, realitätsnahe Investitionsplanung" möglich. Und das auch nur, wenn Dritte helfen, etwa private Unternehmen, und gleichzeitig RWE-Aktien verkauft werden. Im kommenden Jahr sollen Papiere im Wert von 7,5 Millionen Euro verkauft werden.

Stump stellte zudem die Gründung eines Betriebskindergartens für unter Dreijährige in Zusammenarbeit mit allen Behörden in der Kreisstadt in Aussicht.

Kommunen werden nicht belastet

Der Kreisetat für das kommende Jahr sieht im Ergebnisplan Erträge in Höhe von 343,5 Millionen Euro vor. Die Aufwendungen betragen 354,8 Millionen Euro. Der daraus entstehende Fehlbetrag von mehr als elf Millionen Euro soll aus der Rücklage entnommen werden. Damit verzichtet der Kreis zugunsten der Kommunen auf eine kostendeckende Kreisumlage. Neben der Kreisumlage in Höhe von 215 Millionen Euro finanziert sich der Kreis aus den Zuweisungen des Landes mit rund 30,1 Millionen Euro. Investiert werden sollen rund 14 bis 15 Millionen Euro. Der Haushalt wird mit einem Defizit von 3,1 Millionen Euro abgeschlossen. Auch dieser Betrag soll der Rücklage entnommen werden.

KOMMENTAR

Zum Entwurf des Kreisetats

Tanz mit den Bürgermeistern

NORBERT.KURTH@MDS.DE

VON NORBERT KURTH

Wer gehofft hatte, Landrat Werner Stump strebe eine gemütliche dritte Amtszeit an, der sieht sich wohl getäuscht. Stump, so scheint es, will nicht bloß den Tourismus fördern und für die Metropolregion trommeln. Nein, wenn er Einsparungen durch bessere Zusammenarbeit anmahnt, dann fordert er die Bürgermeister zum Tanz auf, auch wenn er ihnen dabei ganz bewusst auf die Zehen tritt. Mit der zentralen Kreis-Rettungswache in Kerpen hat er es vorgemacht. Warum also nicht einen oder zwei zentrale Bauhöfe einrichten? Auch andere Aufgaben, die überall gleich oder ähnlich sind und die kommunale Selbstverwaltung nicht berühren, könnten gebündelt und preiswerter werden.

Stump will noch etwas bewegen. Und dabei hat er deutlich gemacht, dass er Widerstände nicht scheut. Inzwischen kann er es sich leisten, auch einmal unbequem zu sein. Die Bürgermeister werden sich sowohl seinem Angebot, sie einzubinden, als auch seinen Forderungen, gemeinsam zu sparen, kaum entziehen können.

Stump: Mauern im Denken überwinden

BERGHEIM. Landrat Werner Stump will „geistige Stadtmauern" überwinden. In seiner Haushaltsrede plädierte er gestern im Kreistag dafür, angesichts der Finanzlage Strukturen zu überprüfen. Es müsse nicht jede Stadt allein zum Beispiel die Müllabfuhr regeln. **Seite 41**

KR, 11.12.09

Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr

Landrat Werner Stump: Unvorstellbare Einnahmeverluste für Städte und Gemeinden

Von MANFRED FUNKEN

RHEIN-ERFT-KREIS. Die Finanz- und Wirtschaftskrise nehme in den kreisangehörigen Kommunen inzwischen dramatische Formen an, sagte Landrat Werner Stump gestern bei der Einbringung des Haushaltsplans für das Jahr 2010 im Kreistag. Durch das Wegbrechen der Steuereinnahmen sei „die verfasungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung in hohem Maß gefährdet".

Die Eckdaten des Haushalts hatte die Verwaltung bereits in der vergangenen Woche verbreitet: Mehr als elf Millionen Euro Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben weist das Papier aus. Die Kämmerei erwartet für 2010 Erträge in Höhe von 343,5 Millionen Euro und rechnet mit Aufwendungen in Höhe von 354,8 Millionen Euro.

Um die Lücke zu füllen. hätte die Kreisumlage laut Stump eigentlich um 2,23 Prozent erhöht werden müssen, was dann die Kommunen um besagte elf Millionen Euro mehr belastet hätte. Da aber die Kreisumlage auf dem Niveau des Vorjahres bleibe und gleichzeitig die Berechnungsgrundlagen gesunken seien, würden die Kommunen im Gegenteil um sieben Millionen Euro entlastet.

Schlimme finanzielle Schieflage entstanden

Große Sprünge kann der Kreis mit der Umlage – sie bringt rund 215 Millionen Euro – nicht machen, rechnete Stump vor. Allein für Sozialausgaben und für die Landschaftsumlage müsse der Kreis 214 Millionen aufbringen. Dabei habe der Landschaftsverband mit seiner Forderung an den Kreis von rund 85,5 Millionen Euro seine Ansprüche gegenüber dem Vorjahr um rund 2,5 Millionen Euro gesenkt.

Die Summe der Sozialausgaben, die der Kreis zu schultern habe, steige aber unaufhörlich, und es müsse in diesem Zusammenhang die Frage erlaubt sein, ob es richtig sei, dass Bund und Land immer mehr Gesetze zu Lasten der Kommunen und Kreise verabschiedeten. „Es ist eine finanzielle Schieflage entstanden, aus der sich die kommunale Familie aus eigener Kraft kaum mehr befreien kann."

Stump warf auch einen Blick auf Bereiche, in denen der Rhein-Erft-Kreis und seine Kommunen aus eigener Kraft wirtschaftlicher verfahren könnten.

„Geistige Stadtmauern müssen fallen"

Er lieferte ein Plädoyer zur „Überwindung von geistigen Stadtmauern". Es müsse eine intelligentere Lösung geben als die, elf Bauhöfe vorzuhalten. Ebenso müsse man darüber nachdenken, ob elf kommunale Verwaltungen Personalbewirtschaftung betreiben und alle Kommunen jeweils für sich allein die Müllabfuhr regeln müssen.

Auch bei den Kulturangeboten könne man über mehr Zusammenarbeit Synergieeffekte erzielen, sagte Landrat Stump. Es müsse möglich sein, Erftstädter für Top-Ereignisse in Bergheim zu interessieren oder Pulheimer Bürger für herausragende Veranstaltungen in Brühl. Ausverkaufte Häuser sicherten die Qualität der Programme.

Zur Energiepolitik im Kreis gab Stump ein wichtiges Signal: Logische Konsequenz aus dem am Kraftwerk Niederaußem entstandenen Innovationszentrum von RWE Power sei, „die Erweiterung des Standortes in Niederaußem durchzusetzen". Auch für das geplante CO_2-arme Kraftwerk in Hürth und die rechtlichen Voraussetzung für Transport und Lagerung des Kohlendioxids müsse man gemeinsam eintreten.